

Leitantrag

FLINTA-Konferenz, Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 11. Oktober 2025

Initiator*innen: FLINTA-Konferenz (dort beschlossen am: 11.10.2025)

Titel: Für ein feministisches und soziales Berlin

1 Unser Ziel für Berlin ist eine soziale Stadt, die niemanden zurücklässt. Frauen
2 und Kinder sind am stärksten von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung betroffen.
3 Darunter sind insbesondere Alleinerziehende, People of Color, aber auch ältere
4 Menschen, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete und prekär Beschäftigte
5 besonders betroffen.

6 Die Diskriminierung von FLINTA und die mehrfachen Benachteiligungen sind dabei
7 offensichtlich ein strukturelles Problem, dessen Überwindung unser Ziel sein
8 muss. Um das zu erreichen, brauchen wir eine gleichmäßige Verteilung von
9 Rechten, Ressourcen und Repräsentanz. Maßnahmen im Bereich Soziales, Gesundheit
10 und Gewaltschutz zur Förderung der Gleichstellung können nur Brücken auf dem Weg
11 zur Beendigung des Patriachats sein.

12 Echte Gleichstellung ist erst dann erreicht, wenn Frauen an jedem
13 Verhandlungstisch paritätisch vertreten sind und genau wie alle FLINTA in die
14 Entscheidungsprozesse ernsthaft und unumgänglich einbezogen werden.

15 Dafür braucht es wirtschaftliche Unabhängigkeit durch gleichen Lohn für
16 gleichwertige Arbeit und die Möglichkeit, Lebensentscheidungen frei von
17 gesellschaftlichen Zwängen, selbstbestimmt und informiert über alle Auswirkungen
18 auf Karriere, Familienplanung und Altersvorsorge zu treffen. Es braucht eine
19 selbstverständliche, gerechte Aufteilung von Sorgearbeit und eine verlässliche
20 Versorgungsstruktur. Deshalb braucht es dringend einen intersektionalen^[1]
21 feministischen Blick auf Sozialpolitik. Feministische Sozialpolitik beeinflusst

zahlreiche Lebensbereiche, wie Gleichstellung, Familienpolitik, Wohnungspolitik, Pflege und Bildung.

Zugängliche und gendersensible Sozialeinrichtungen

Berlin hat bereits zahlreiche Sozialeinrichtungen, die wohnungslose FLINTA (Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans* und agender Personen) helfen oder sie darin unterstützen, eine neue Wohnung zu finden. Einrichtungen, die gewaltbetroffene FLINTA beraten und queere und trans Personen unterstützen. Berlin verfügt über eine Infrastruktur an Kitas und Kinderläden. Das alles, auch dank unseres grünen Einsatzes in Land und Bund für eine soziale Stadt.

Angesichts des sozialen Kahlschlags der Berliner Schwarz-Roten Koalition leiden aber die meisten dieser Einrichtungen gerade an den starken Kürzungen des schwarz-roten Senats, die ihr Weiterbestehen gefährden. Viele Einrichtungen sind überfordert von der Bürokratie und können deswegen nicht die notwendige Hilfe anbieten. Gerade Alleinerziehende benötigen aber flexible Betreuungsangebote. Wir Grüne setzen uns darum für ein Gutscheinsystem für Betreuung und haushaltsnahe Dienstleistungen ein, um die Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Erwerbsarbeit zu erleichtern.

Wir brauchen funktionierende Sozialämter, die niederschwellig Hilfe anbieten und in den meistgesprochenen Sprachen dieser Stadt beraten können. Dabei müssen Unterstützungsangebote gebündelt werden. Wir setzen uns für digitale Verfahren ein, die die Arbeit und Antragsstellung erleichtern. Denn in den nächsten Jahren gehen viele Angestellte der Sozialämter in Rente dessen Nachbesetzung zum bisher ungelösten Problem wird und mit einfacheren Verfahren und kluger Personalakquise gegensteuern. Denn: Dieser Personalmangel in der Verwaltung ist ein Armutsrisiko. So verlieren Menschen Wohnungen, weil die Sozialämter die Miete nicht verlässlich zahlen oder die Bewilligung der Hilfe zur Pflege über 12 Monate braucht. Damit die Sozialberatung effektiv wirkt, müssen Sozialämter gut arbeiten können. Der Senat streicht aktuell 200.000€ bei den unabhängigen Sozialberatungen und schwächt die Ärmsten. Dabei muss Sozialhilfe zugänglich und gendersensibel gestaltet sein. Außerdem müssen wir Anschlüsse schaffen für Menschen, die aus dem System fallen, weil sie beispielsweise Einrichtungen verlassen müssen.

Armut bekämpfen – feministisch und gerecht

Armut beginnt nicht erst bei Obdachlosigkeit. Alter, Geschlecht und Fürsorgeverpflichtungen stellen ein erhebliches Risiko für Armut dar. Armut ist oft das Ergebnis struktureller Benachteiligung, die sich entlang von Geschlecht,

58 Alter, Bildung und Haushaltsform zeigt. In wenigen Ländern wird Reichtum und
59 Armut so stark vererbt wie in Deutschland. Insbesondere FLINTA mit unsteten
60 Erwerbsbiografien – etwa durch Zeiten unbezahlter Sorgearbeit oder
61 Teilzeitanstellung – sind besonders gefährdet, in temporärer oder dauerhafter
62 Armut zu leben. Weder unser Steuer- noch unser Sozialversicherungssystem, noch
63 unsere Arbeitsmarktförderung oder unser Bildungs- und Ausbildungssystem
64 berücksichtigen die vielfältigen Herausforderungen für FLINTA-Personen
65 ausreichend, sondern behindern systematisch die eigenständige Existenzsicherung
66 von FLINTA. Deswegen brauchen wir gezielte Fördermaßnahmen für FLINTA mit
67 unterbrochenen Erwerbsverläufen. Auch Bildungs- und Ausbildungsangebote
68 (beispielsweise Teilzeitausbildung) müssen insbesondere für Mütter – und hier
69 vor allem Alleinerziehende, denn ihr Armutsrisiko ist noch dreimal höher –
70 geschaffen werden. Wir brauchen eine Offensive für alle Fragen der Vereinbarkeit
71 von Familie und Beruf bzw. Aus- und Weiterbildung. Der 10. Familienbericht hat
72 dank Familienministerin aD Lisa Paus erstmalig speziell die Situation von
73 Allein- und Getrennterziehenden in den Blick genommen. Sie sind auf verlässliche
74 Kinderbetreuung angewiesen und haben höhere finanzielle Belastungen durch
75 verteuerte Haushaltsführung. Es braucht eine Reform des Mehrbedarfs, sowohl im
76 Steuer-, als auch im Sozialrecht. Im Bund haben wir darum den steuerlichen
77 Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich erhöht. Die größte
78 Kindergelderhöhung seit den 1990er Jahren, der monatliche Sofortzuschlag für von
79 Armut betroffene Kinder und Jugendliche und die Erhöhung des
80 Unterhaltsvorschusses, schaffen für Alleinerziehende und ihre Kinder spürbare
81 Entlastung. Wir setzen uns weiter für die Einführung eines Umgangsmehrbedarfs,
82 die hälftige Anrechnung des Kindergeldes beim Unterhaltsvorschuss,
83 Steuergutschriften für Alleinerziehende und eine Neuberechnung des
84 sozioökonomischen Existenzminimums von Kindern ein. Um Kinderarmut wirksam zu
85 bekämpfen, braucht es einen Systemwechsel zur Kindergrundsicherung, in der alle
86 wesentlichen Leistungen zusammengeführt werden. Denn jedes Kind hat das Recht,
87 mit dem aufzuwachsen, was es braucht.

88 In der Armutsbekämpfung ist die Berücksichtigung mentaler Gesundheitsaspekte
89 unabdingbar. Denn Armut bedeutet oft chronischer Stress, Isolation und eine hohe
90 psychische Belastung – mit teils gravierenden gesundheitlichen und
91 gesellschaftlichen Folgen. Wir brauchen außerdem ein vertieftes Verständnis von
92 Familienarmut, um passgenaue Lösungen zu entwickeln. Frauen sind besonders von
93 Altersarmut betroffen und erhalten im Schnitt 35 % weniger Rente als Männer. Die
94 geplante Mütterrente III der schwarz-roten Bundesregierung ist völlig
95 fehlgeleitet, denn durch die Verrechnung der Mütterrente mit der Grundsicherung
96 kommt bei den Menschen, die am dringendsten zusätzliche Unterstützung benötigen,
97 kein Cent mehr auf dem Konto an.

98
99 Statt teurer Symbolpolitik fordern wir Grüne eine strukturelle Antwort auf
100 Altersarmut, die bei den Menschen ankommt: die Garantierente. Sie sichert

101 Menschen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der
102 Grundsicherung. Zeiten für Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen
103 werden anerkannt und angerechnet. So werden Menschen mit kleinen Renten gezielt
104 unterstützt. Insgesamt braucht es ein gesellschaftliches und politisches
105 Umdenken: Armut ist nicht selbstverschuldet, kein individuelles Versagen,
106 sondern Ausdruck struktureller Ungleichheit und ein Systemversagen.

107 Zu einer feministischen Sozialpolitik muss auch eine gerechte
108 Gesundheitsversorgung gehören, für die wir Grüne uns einsetzen. Dazu gehört eine
109 solidarische, barrierefreie und gerechte Gesundheitsversorgung und die
110 kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen
111 Einrichtungen, kostenfreie Verhütungsmittel, mehr Aufklärung zu den
112 Wechseljahren, bessere Versorgung bei Endometriose und geschlechtersensible
113 Gesundheitsforschung – Forderungen, für die wir Grüne uns schon seit Jahren
114 einsetzen. Dass der schwarz-rote Senat den Hebammenstudiengang an der Charité um
115 die Hälfte einstampft, blockiert die Forschung für Frauengesundheit. Mit dieser
116 Kürzung wird es keinen Master geben, keine Promotionen und damit kein tieferes
117 Wissen über Schwangerschaften und Prävention durch Hebammen.

118 Armut ist ein Gesundheitsrisiko, insbesondere für Kinder. Daher muss gesündere
119 Ernährung in Schulen sichergestellt, das kostenlose Sportangebot für Kinder
120 ausgeweitet werden und insbesondere das Angebot für sportliche Aktivitäten, die
121 auch für Mädchen interessant sein können, breiter aufgestellt werden.
122 Beispielsweise nehmen Jungen öfter an günstigen Vereinssportarten wie Fußball
123 teil, während von Mädchen präferierte Sportarten weniger Förderung und
124 Räumlichkeiten erhalten. Ein intersektionaler Blick ist unabdingbar, um
125 anzuerkennen, wie Krankheit, Behinderung oder Herkunft Faktoren sind, die das
126 Armutsrisiko erhöhen. Diese Perspektive wollen wir in allen politischen
127 Maßnahmen berücksichtigen.

128 Frauen arbeiten in systemrelevanten und trotzdem schlechter bezahlten Berufen
129 oder erfahren Diskriminierung beim Gründen. Auch erben Frauen weniger und haben
130 höhere Lebenshaltungskosten. Dies führt dazu, dass Frauen schwieriger Vermögen
131 aufbauen und fürs Alter vorsorgen können. Traditionelles Rollendenken verstärkt
132 zudem, dass sich Frauen im Schnitt weniger über Finanzen und Vermögensaufbau
133 bilden oder dieses Wissen weniger anwenden. Das beste Mittel gegen Armut und für
134 eine verlässliche Altersvorsorge sind gute Löhne. Deshalb fördern wir
135 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und verbessern insbesondere die
136 Erwerbsmöglichkeiten für FLINTA durch gleiche und faire Löhne, verlässliche
137 Kinderbetreuung, zeitgemäße Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von
138 Erwerbstätigkeit und Leben, sowie eine einfachere Rückkehr in Vollzeit.

139 Gleichzeitig setzen wir uns für eine feministische Finanzbildung sowie für eine

gerechte Steuerpolitik ein. Das Ehegattensplitting zementiert soziale Ungleichheit und traditionelle Geschlechterrollen. Es wirkt sich besonders ungerecht auf die Sozialversicherungsbeiträge aus: Trotz hoher Beitragszahlungen erhalten Klasse-V-Zahlerinnen deutlich geringere Leistungen. Das widerspricht fundamental dem Äquivalenzprinzip. In Krisenzeiten kommt dafür die Rechnung. Das Ehegattensplitting setzt in Zusammenspiel mit Minijobs und der kostenlosen Mitversicherung von Partner*innen, die wenig verdienen, Anreiz, nicht erwerbstätig zu sein. Die Folgen werden spätestens in Krisen wie Trennung, Scheidung und Tod des Partners deutlich. Wir Grüne setzen uns für gleichberechtigte Lebensentwürfe ein. Wir wollen das Ehegattensplitting grundlegend reformieren und für Neuehen abschaffen und durch eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen.

Gewaltschutz stärken – wirksamer Schutz für alle FLINTA

Ein intersektionaler Ansatz ist auch im Gewaltschutz zentral. Gerade FLINTA mit Mehrfachdiskriminierung müssen wir besser vor Gewalt schützen. Wir Grüne setzen uns seit Langem und auf allen Ebenen für effektiven Schutz von geschlechtsspezifischer Gewalt ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass durchschnittlich jeden Monat in Berlin eine Frau von einem Mann getötet wird. Wir wollen schnellstmöglich den bestmöglichen Gewaltschutz für FLINTA in Berlin. Im Abgeordnetenhaus von Berlin haben wir einen 5-Punkte-Plan zur Verhinderung von Femiziden und zum besseren Schutz von FLINTA vor Gewalt vorgelegt. Der grüne Druck aus der Opposition hat gewirkt. Fast alle unsere grünen Forderungen, wie die Einführung von interdisziplinären Fallkonferenzen, die Ausweitung der Wegweisungsdauer und weitere wichtige Punkte wurden von der schwarz-roten Koalition im Gesetzgebungsverfahren aufgenommen. Außerdem fordern wir mehr Beratungsstellen und Hilfsangebote, barrierefrei und in mehreren Sprachen, sowie gezielte Präventionsarbeit. Dank uns gibt es nach Jahrzehnten der Diskussion endlich ein bundesweit geltendes Gesetz, das ein Recht auf Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen verankert und die Bundesländer beim Ausbau eines flächendeckenden Netzes der Gewalthilfe unterstützt. Das durch uns Grüne erkämpfte bundesweite Gewalthilfegesetz verankert den Rechtsanspruch auf unbürokratische und kostenlose Hilfe und Beratung ab 2032. Die dafür zur Verfügung gestellten Bundesressourcen ermöglichen, die Hilfsinfrastruktur passgenau und bedarfsgerecht auszubauen: Mit Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Gewaltbetroffene, aber auch für Präventionsmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Unterstützung von Vernetzungsarbeit innerhalb des Hilfesystems, mit Behörden, Polizei, Justiz und relevanten Einrichtungen. Die Möglichkeiten sind groß und es ist Zeit, dass Berlin etwas passendes daraus macht. Wir Grüne fordern einen Prozess zur vielfaltssensiblen Bedarfsermittlung in enger Zusammenarbeit mit den Anlaufstellen des Hilfesystems, darunter den Beratungsstellen, Frauenhäusern und Sozialträgern, der Gewaltschutzambulanz, sowie der neuen Anlaufstelle für

gewaltbetroffene Frauen der Bundespolizei am Berliner Ostbahnhof. Ziel sind mehr niedrigschwellige Beratungsstellen, Frauenhausplätze, Schutzwohnungen und Hilfsangebote, barrierefrei und in mehreren Sprachen, sowie gezielte Präventionsarbeit und effiziente Zusammenarbeit von Hilfsinfrastruktur, Justiz, Polizei und Verwaltung. Dafür müssen die durch das Gewalthilfegesetz zur Verfügung gestellten Gelder zusätzlich und effizient in unserer Stadt genutzt werden. Wir setzen uns ein für ein Berlin ohne Femizide und ein sicheres Leben für alle FLINTA.

Stattdessen kürzt der Schwarz-Rote Senat gerade in diesem Bereich weiter: Für das Jahr 2026 sind im SPD-Gleichstellungsbereich durch den Senat Kürzungen in Höhe von 2,574 Mio. Euro geplant. So sollen unter anderem durch pauschale Kürzungen bei allen Frauenprojekten von durchschnittlich 2% gegenüber der Förderung 2025 umgesetzt werden. Im Justizbereich werden seit Amtsübernahme durch die CDU Opfer- und Gewaltschutzbereich mehr als 4,5 Mio zusammengestrichen. Das ist nicht mit der eklatanten Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt vereinbar. Das bedeutet, dass das Weiterbestehen aller Gleichstellungs- und Gewaltschutzangebote in Berlin gefährdet ist. Das wird massive Versorgungslücken und längere Wartezeiten besonders für FLINTA in Not zur Folge haben.

Unsichtbare Obdach- und Wohnungslosigkeit bei FLINTA

Obdach- und wohnungslose FLINTA sind häufig von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Sie bleiben oft unsichtbar, da ihre Wohnungslosigkeit sich maßgeblich von der als Norm gesetzten Obdachlosigkeit von Männern unterscheidet – so kommen wohnungslose FLINTA oft zeitweise bei Bekannten unter, sodass sie im Stadtbild und in Unterkünften für obdachlose Personen weniger sichtbar sind. Außerdem bleiben FLINTA vermehrt in prekären Wohnverhältnissen, unter anderem bei gewaltbereiten Partnern, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Wenn FLINTA aus gemeinsamen Wohnungen ziehen, weil der Partner gewalttätig ist, verlieren sie oft den Anspruch auf Vermittlung in eine andere Wohnung durch Sozialbehörden. Vor allem Mütter, die mit gemeinsamen Kindern die Wohnung verlassen müssen, stehen kurz vor der Obdachlosigkeit, da wir keine ausreichenden Frauenhausplätze haben. Dafür braucht es rechtliche Lösungen: Zum einen muss sichergestellt werden, dass der gewalttätige Partner derjenige ist, der die Wohnung verlassen muss. Das Gewaltschutzgesetz schafft Grundlage für Wegweisungen und Kontaktverbote. Andererseits muss gewährleistet werden, dass Frauen Anspruch auf eine andere Wohnung erhalten. Mütter sollten außerdem auch bei der Finanzierung von größeren Wohnungen unterstützt werden.

Wir brauchen faire Lösungen für Wohnungslosigkeit. Die letzte Bundesregierung hat unter bündnisgrüner Beteiligung mit dem Nationalen Aktionsplan

Wohnungslosigkeit 2024 den richtigen und dringend notwendigen Weg eingeschlagen. Er eröffnete die Chance, dem Ziel näherzukommen, Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 zu überwinden. Geschützte Marktsegmente müssen erweitert und ein Teil für FLINTA sichergestellt werden. Dazu ist auch die Neue Wohngemeinnützigkeit ein wichtiges Instrument, langfristig und dauerhaft günstigen Mietwohnraum zu schaffen. Unternehmen sollen vom Bund Unterstützung erhalten für Neubau, Modernisierung und Ankauf. Die Bundesregierung hat jetzt die Chance, ihre Fehler, der 90er Jahre rückgängig zu machen und in einen dauerhaft bezahlbaren gemeinnützigen Sektor auf dem Wohnungsmarkt zu investieren. Berlin muss gemeinsam mit dem Bund Wege finden, die Finanzierung der Kosten der Wohnungsgewinnung abzusichern. Ebenso wichtig ist der Aufbau eines überkommunalen Best-Practice-Austauschs – gezielt für die Verwaltungen in den Bezirken. Nur so können erfolgreiche Ansätze – von wirksamer Prävention bis hin zu Housing First Projekten – verbreitet und dauerhaft verankert werden. Auf Bundesebene ist darum besonders wichtig, dass die Haushaltsmittel für die wichtige Arbeit, insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe und des Housing First Bundesverbandes im Bundeshaushalt, verstetigt werden.

Es sollte reduzierte Kauttionen für Alleinerziehende geben. Außerdem brauchen wir barrierefreie Frauenunterkünfte und Unterkünfte, die rund um die Uhr geöffnet sind. Besonders Unterkünfte für FLINTA mit Kindern sind zentral, da viele gewaltbetroffene FLINTA die gemeinsame Wohnung mit ihren Kindern verlassen, viele Unterkünfte jedoch keine Kinder aufnehmen, sodass diese auf sich allein gestellt sind. Notwendig sind auch spezialisierte Unterkünfte für psychisch erkrankte und suchtmittelabhängige FLINTA. Wohnen ist die soziale Frage unserer Stadt. Deshalb setzen wir uns mit einem Eckpunkteplan für bezahlbare und schöne Wohnungen ein.

Insgesamt braucht es einen Wandel im Bild von Obdach- und Wohnungslosigkeit und eine Entstigmatisierung von wohnungslosen Menschen.

Vergeschlechtlichte Pflege- und Sorgearbeit

Kinder und Jugendliche, die ihre Eltern pflegen, bleiben oft unsichtbar, um so wichtiger ist es, bestehende Angebote für diese sogenannten Young Carer zu stärken.

Berlin ist divers, pflegebedürftige Menschen in Berlin sind dies auch. Wir setzen uns dafür ein, dass sie gendersensible, kultursensible und queersensible Pflegeangebote vorfinden.

Pflegearbeit ist ein zentraler Bereich feministischer Sozialpolitik – sowohl

260 bezahlte als auch unbezahlte Pflege wird überwiegend von Frauen übernommen.
261 Infolge der Alterung der Gesellschaft werden in Deutschland bis zum Jahr 2049
262 voraussichtlich zwischen 280.000 und 690.000 Pflegekräfte fehlen (Statistisches
263 Bundesamt). Schon heute werden 86% der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Rund
264 jede achte erwerbstätige Frau pflegt regelmäßig neben der Erwerbsarbeit andere
265 Personen. Pflegenden An- und Zugehörige geraten an die Grenze ihre Belastbarkeit
266 – sie stemmen den Großteil der Versorgung, oft ohne ausreichende Unterstützung
267 oder Entlastung. Pflegedienste oder -heime können nicht mehr die nötige
268 professionelle Unterstützung bieten. Dabei sind Sorgeverantwortungen ein großes
269 Armutsrisiko für Frauen. Um eine bessere Pflegeversorgung in unserer Stadt
270 sicherzustellen, sind mehrere Faktoren notwendig. So müssen bürokratischer
271 Hürden bei der Beantragung von Pflegeleistungen abgebaut werden. Außerdem muss
272 der Pflegekräftemangel bekämpft werden, etwa durch bessere Arbeitsbedingungen
273 und faire Bezahlung, sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

274 Grundsätzlich bleibt die Vereinbarkeitsfrage weiterhin eine zentrale Frage im
275 Bereich der feministischen Sozialpolitik. Es ist Zeit für eine Pflegereform, um
276 Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz zusammenzuführen und auf eine
277 Lohnersatzleistung für pflegende An- und Zugehörige hinzuwirken. Im Bund haben
278 wir mit dem Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz dafür gesorgt, dass die
279 Leistungsbeträge der Pflegeversicherung in den kommenden Jahren schrittweise
280 angehoben werden. Das entlastet pflegebedürftige Menschen finanziell. Wir haben
281 erreicht, dass pflegende Angehörige an bis zu zehn Tagen im Kalenderjahr einen
282 Anspruch auf Lohnersatz – das sogenannte Pflegeunterstützungsgeld – haben, wenn
283 sie wegen der Pflege nicht zur Arbeit gehen können. Die missratene Pflegepolitik
284 von Schwarz-Rot darf nicht auf dem Rücken der Pflegebedürftigen und ihrer
285 pflegenden Angehörigen ausgetragen werden. Der Pflegegrad 1 muss dringend
286 erhalten bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass Betreuungskosten sowie Kosten
287 für Haushaltshilfen und haushaltsnahe Dienstleistungen umfangreich von der
288 Steuerabsetzbar sind. Ein erheblicher Teil der sogenannten 24-Stunden-Pflege
289 findet nach wie vor informell als „Schwarzarbeit“ statt oder aber in Form eines
290 breiten Spektrums von Arrangements in einer großen ‚Grauzone‘. Mit Blick auf den
291 demografischen Wandel sind neue Strukturen in der Pflege dringend notwendig, die
292 einerseits die Pflege zuhause ermöglichen, aber andererseits eine
293 menschenwürdige Beschäftigung unter Einhaltung von Mindestlohn, Arbeitszeit- und
294 Arbeitsschutz garantiert. Beschäftigte brauchen zudem mehr Zeitsouveränität und
295 flexiblere Arbeitszeitmodelle. Dazu gehört auch die Möglichkeit, im Homeoffice
296 und mobil zu arbeiten – mit klaren Regeln und fairen Absprachen.

297 Eine gute Kinderbetreuung und ein verlässliches Pflegesystem mit ausreichend
298 Tages- und Kurzzeitpflege sind wesentliche Voraussetzungen für die
299 Erwerbstätigkeit aller Erziehenden und Pflegenden. Angesichts unserer alternden
300 Gesellschaft braucht es eine grundlegende Neuausrichtung der Sorge- und
301 Pflegepolitik. Mit einer kommunalen Pflegestrukturplanung soll das Land Berlin

302 eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und regional abgestimmte pflegerische
303 Versorgung sicherstellen mit gemeinwohlorientierten Pflegestrukturen. Wir Grüne
304 wollen Berlin als sorgende Stadt begreifen und gestalten: Eine Stadt, in der die
305 relevanten Care-Aufgaben nicht an Einzelpersonen, in aller Regel Frauen, hängen
306 bleiben. In einer sorgenden Stadt sind Frauen nicht Alleinverantwortliche für
307 Sorgeverantwortungen, sondern diese werden von der Stadt getragen und als
308 gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden.